Von: [Jörg Rupp, Vorsitzender FW/UWG-Fraktion](#)
An: [Kreistag](#)
Cc: [Fraktion](#)
Betreff: Anträge der FW/UWG zum Haushalt 2022/23
Datum: Mittwoch, 18. Mai 2022 15:52:02

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

hiermit übersenden wir Ihnen die Anträge der Fraktion FW/UWG zum Doppelhaushalt 2022/23.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Rupp

1. Digitalisierung beschleunigen

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Digitalisierung der Verwaltung deutlich zu beschleunigen und dem Kreistag jeweils zu den Haushaltsberatungen einen jährlichen Bericht zur Digitalisierung der Kreisverwaltung vorzulegen. In diesem soll neben dem Fortschritt der Digitalisierung der Arbeitsabläufe, der Verwaltungsverfahren und der Verwaltungsprozesse auch dargelegt werden, wie weit der Stand der Digitalisierung im Bereich der Antragsverfahren und der Antragsbearbeitung ist und welche Auswirkungen das auf die Zahl der benötigten Stellen in der Verwaltung hat.

Begründung:

Durch eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung können Verfahren vereinfacht und beschleunigt, die Serviceorientierung und die Bürgerfreundlichkeit erhöht und dennoch der Bedarf an Beschäftigten in der Verwaltung langfristig dauerhaft reduziert werden. Der Bericht über den Stand der Digitalisierung der Verwaltung zu den Haushaltsberatungen ist deshalb eine notwendige Information, durch die eine verantwortungsvolle Beratung und Beschlussfassung der Mandatsträger*innen zum Haushalt und insbesondere zum Stellenplan erst ermöglicht wird.

2. Aktivierung bzw. Schaffung einer Stabsstelle "Strategisches Projektmanagement und Controlling"

Der Kreisausschuss wird beauftragt, unverzüglich eine Stabsstelle "Strategisches Projektmanagement und Controlling" zu aktivieren oder zu schaffen, deren Aufgabe es ist, sämtliche Projekte der Landkreisverwaltung mehrmals im Jahr in Bezug auf Effizienz, Nutzen und die Einhaltung des Budgets zu überprüfen. Das Rechnungsprüfungsamt ist hier sachgemäß einzubeziehen.

Begründung:

Der Kreisausschuss hat den teilweisen Rückzug aus der Finanzierung des Paktes für den Nachmittag u.a. damit begründet, dass man über die Entwicklung der damit verbundenen Kosten überrascht gewesen sei und der große Erfolg des Projektes zu unerwartet hohen finanziellen Belastungen geführt habe, die nun verringert werden müssten. Diese Überraschung hätte mit einem Strategischen Projektmanagement und vor allem einem wirksamen und zielgerichteten Controlling vermieden werden können. Eine solche Stelle hat die Aufgabe, die Entscheidungsträger frühzeitig auf wichtige Entwicklungen hinzuweisen, damit rechtzeitig notwendige Entscheidungen getroffen werden können. Ähnliche unerwartete Entwicklungen hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, darunter beispielsweise Projekte zu Schloss Heiligenberg und zu Medizinischen Versorgungszentren.

3. Prüfung der Abplanung des Projektes Stradadi

Der Kreisausschuss wird beauftragt, zu prüfen, ob bzw. unter welchen Bedingungen auf das Projekt Stradadi, ggf. zugunsten der Ausweitung des Dadiliners auf Groß-Zimmern und Roßdorf, verzichtet werden kann.

Begründung:

Die Gründung der Stradadi GmbH und die Planung der Straßenbahnlinie über Roßdorf nach Groß-Zimmern verursachen im aktuellen Haushaltsentwurf sehr hohe Kosten (z.B. Anteil für 1,5 Mio. Euro an der GmbH). Mit Folgekosten für die Planung ist zu rechnen. Diese hohen Investitionen kann sich der Landkreis nicht mehr leisten. Es kommt hinzu, dass diese Straßenbahn in der Bevölkerung stark umstritten ist. Sie würde die Attraktivität des ÖPNV für weite Teile des Ostkreises verschlechtern. Die

Bevölkerung in Roßdorf und Groß-Zimmern lehnt sie mehrheitlich ab. Statt ein finanziell und planerisch so anspruchsvolles, in der Kosten-Nutzen-Relation unwirtschaftliches Projekt gegen diesen Widerstand durchzusetzen, wäre eine flexiblere Lösung wie der Dadi liner deutlich einfacher und schneller, außerdem mit niedrigeren Kosten umzusetzen. Auch dann, wenn eine Lösung mithilfe des Dadi liners nicht in Frage kommt, so sollte die Stradadi dennoch abgeplant werden, um hohe Folgekosten für den Kreis zu vermeiden.

4. Ansatz für Energiekosten im Wirtschaftsplan 2022/23 des DaDiwerks erhöhen

Der Kreisausschuss bzw. die Betriebsleitung des EB Dadiwerks wird beauftragt, den Ansatz für Energiekosten und Festbrennstoffe im Wirtschaftsplan 2022/23 für die Jahre 2024 ff. um 50% anzuheben.

Begründung:

Die Energiepreise steigen aktuell sehr stark und werden in den kommenden Jahren weiter steigen. Vielfach sind Preissteigerungen von mehr als 100% gegenüber den Vorjahren zur Kenntnis zu nehmen. Nach dem Auslaufen der geltenden Verträge Ende 2023 wird diese Entwicklung auch auf die Liegenschaften des Kreises bzw. Dadiwerkes ausschlagen. Sie muss bei einer vorsichtigen kaufmännisch geprägten Finanzplanung Eingang finden in den Wirtschaftsplan des Dadiwerks.

5. Sofortige Einführung einer qualifizierten Stellenbesetzungssperre

Der Kreisausschuss wird beauftragt, ab sofort eine qualifizierte Stellenbesetzungssperre einzuführen. Diese ist durch den Kämmerer gemeinsam mit dem Personaldezernenten umzusetzen und erfordert, dass jede einzelne wieder zu besetzende Stelle darauf zu überprüfen ist, ob nicht auf sie verzichtet werden kann bzw. unter welchen Bedingungen das möglich wäre, ob die mit ihr verbundenen Aufgaben von anderen Stellen in der Verwaltung mit bewältigt werden können, ob eine Wiederbesetzung mit internem, bereits vorhandenem Personal möglich ist, ob die Bewertung der Stelle noch zutreffend ist oder abgesenkt werden kann und ob bei einer Wiederbesetzung der Stelle zusätzliche Aufgaben übernommen werden können, damit eine andere Verwaltungsstelle eingespart werden kann.

Begründung:

Der Haushalt des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist in derart hohem Maße defizitär, dass es struktureller Veränderungen bedarf, um langfristig wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen zu können. Dazu müssen auch Einsparungen im Personalbereich gehören, die ja seit längerem auch vom RP gefordert werden, zuletzt in der Genehmigung des Haushaltes 2021. Das RP führt aus, dass der Landkreis ungewöhnlich viel Personal hat. Dem folgt der Kreisausschuss aber bedauerlicherweise nicht, sondern erhöht stattdessen die Zahl der Beschäftigten des Landkreises noch weiter. Das ist unverantwortlich und kann und darf nicht so bleiben. Stattdessen müssen sich die Verantwortlichen endlich ihrer Verantwortung stellen und so bald wie möglich entschiedene Schritte unternehmen, die für eine Gesundung des Kreishaushaltes unvermeidbar sind.

6. Sofortige 20%ige Haushaltssperre

Der Kreisausschuss wird beauftragt, ab sofort eine 20-prozentige Haushaltssperre einzuführen. Sämtliche freiwilligen Ausgaben werden ab sofort nach den Regeln der vorläufigen Haushaltsführung und zusätzlich nur noch zu 80% getätigt. Ausnahmen sind zu begründen. Sämtliche Pflichtaufgaben oder vertraglich vereinbarte Verpflichtungen werden darauf hin geprüft, in welchem Maße hier ebenfalls kurzfristig Einsparungen möglich sind, und welche Entscheidungen getroffen werden müssen, um mittelfristig zu einer spürbaren Verringerung der Kreisausgaben kommen zu können.

Begründung:

Der Haushalt des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist in derart hohem Maße defizitär, dass es struktureller Veränderungen bedarf, um langfristig wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen zu können. Dazu müssen Einsparungen in allen Bereichen des Haushaltes gehören. Bislang weigert sich der Kreisausschuss jedoch, seiner Aufgabe gerecht zu werden und wirksame Einsparmaßnahmen zu beschließen bzw. vorzuschlagen. Das ist unverantwortlich und kann und darf nicht so bleiben. Stattdessen müssen sich die Verantwortlichen endlich ihrer Verantwortung stellen und so bald wie möglich entschiedene Schritte unternehmen, die für eine Gesundung des Kreishaushaltes unvermeidbar sind. Dazu gehört auch, die Ausführung des nach wie vor geltenden Haushaltes 2021 ab sofort deutlich einzuschränken, und diese Einschränkungen so lange durchzuhalten, bis eine grundlegende Gesundung des Haushaltes gelungen ist. Eine Reduzierung der Leistungen für die Menschen im Landkreis ist angesichts des Finanzdesasters des Kreises leider nicht zu vermeiden. Deshalb ist auf eine besondere soziale Ausgewogenheit der Sparmaßnahmen zu

achten.

7. Einrichtung einer Haushaltskonsolidierungs-Kommission

Der Kreistag richtet unter Beteiligung des Kreisausschusses eine Haushaltskonsolidierungskommission ein, in die jede Fraktion eine*n stimmberechtigten Vertreter*in entsendet und die geheim tagt. Sie hat zur Aufgabe, **gemeinsame** Vorschläge zur Konsolidierung des Haushaltes zu erarbeiten und dem Kreistag vorzustellen. Die Kommission tagt nach Bedarf mit dem Ziel, einen Haushaltsentwurf zu erarbeiten, der beschluss- und genehmigungsfähig ist und einen Weg aufzeigt, wie die Finanzen des Kreises mittelfristig saniert werden können. Der Kreisausschuss wird gebeten, zusätzlich in Beratungen mit der Bürgermeisterdienstversammlung des Kreises einzutreten, in denen gemeinsame Vorschläge zur Konsolidierung der Kreisfinanzen entwickelt werden.

Begründung:

Der Haushalt des Landkreises kann nur noch saniert werden, indem in Strukturen eingegriffen wird und Einsparungen auch bei liebgewonnenen Leistungen erfolgen, die Belastungen für die Menschen im Landkreis mit sich bringen. Davor schrecken politisch Verantwortliche regelmäßig zurück, müssen sie in einem solchen Fall doch viel erklären und im Zweifel auch um ihre Wiederwahl bangen. Die Haushaltskonsolidierungskommission verschafft im Gegensatz dazu die Möglichkeit, alle im Kreistag vertretenen Fraktionen mit in die Verantwortung zu nehmen und an den notwendigen Maßnahmen zu beteiligen, sodass der übliche parteipolitische Streit entfallen kann. Auf diesem Wege wäre es leichter möglich, den schweren Tanker Darmstadt-Dieburg auf einen Kurs der finanziellen Gesundheit zu steuern.

Die Kommission könnte als Runder Tisch ausgestaltet sein, an dem alle Fraktionen gleichberechtigt beteiligt sind, sodass leichter sachliche Kompromisse erarbeitet werden können. Da es sich bei der Kommission nur um ein Beratungsgremium handelt, kann es nur Empfehlungen für den Kreistag ausarbeiten, der dann mit den bestehenden Mehrheiten über diese Empfehlungen abzustimmen hat. Ziel der Beratungen der Kommission ist nicht in erster Linie, Mehrheitsentscheidungen zu treffen, sondern so weit wie möglich einen Konsens über die Konsolidierungsschritte zu erreichen und diese dann nach Möglichkeit gemeinsam öffentlich zu vertreten.

Der Kreisausschuss wird in der Kommission durch die hauptamtlichen Kreisbeigeordneten vertreten, die beratend mitwirken, und gebeten werden, verwaltungsinterne Expert*innen zu den Beratungen hinzu zu ziehen.